



Britische Militärfahrzeuge in Estland. Was sie von Waffenlieferungen an die Ukraine halten, haben Leserinnen und Leser in Briefen an die Redaktion beschrieben.

FOTO: GOLOVKIN/DPA

Unter anderem zu „Bürger sehen Panzer-Lieferungen mehrheitlich skeptisch“ und zu „Habeck schließt Leopard-Lieferung nicht aus“ vom 9./10. Januar:

Längst Kriegspartei

Ich bin erschrocken darüber, dass führende Politiker Deutschlands die Lieferung von Kampfpanzern an die Ukraine fordern. Schützenpanzer werden nun schon geliefert, von der früheren Ablehnung des Exports von Kriegsmaterialien in Kriegsgebiete ist bei den Verantwortlichen in Deutschland kaum mehr die Rede. Deutschland ist, bezogen auf die Ukraine, längst Kriegspartei.

Ich bin sehr überrascht, dass selbst die Grünen die Werte, für die die Partei einmal gegründet wurde, über den Haufen werfen. Wer von denen, die die Partei mal gegründet haben, nicht mehr lebt, würde sich vermutlich im Grabe umdrehen, wenn er oder sie mitbekäme, was führende Grüne heutzutage so vertreten oder mittragen: wie unter anderem Waffenlieferungen in Kriegsgebiete, Verlängerung der Laufzeit von Atomkraftwerken oder die Anlieferung von durch umweltschädigendes Fracking gewonnenem Gas aus den USA. Es ist nicht mehr viel übrig geblieben von dem, wofür die Grünen einst angetreten waren. Das ist sehr bedauerlich.

JOACHIM FISCHER, BREMEN

Kritiker einbeziehen

In meinen Augen ist es unverantwortlich, immer mehr schwere Waffen an die Ukraine zu liefern. Dieser Krieg wird dadurch weiter eskalieren, da es ein Irrglaube ist, Russland besiegen zu können. Wir haben anscheinend nichts aus der Geschichte gelernt. Dieses Thema darf in der öffentlichen Diskussion nicht so einseitig behandelt werden. Es muss doch erlaubt sein, zu fragen: Wo wird die jetzige Politik hinführen? Es gibt genügend Kritiker dieser „Kriegspolitik“, wie Oskar Lafontaine und Gabriele Krone-Schmalz, nur werden sie leider nicht in die öffentliche Diskussion einbezogen.

WILFRIED BARTELS, BREMEN

Warum keine Abstimmung?

Nun bekommt die Ukraine endlich Kampfpanzer vom Westen. Eine Stufe höher auf der Eskalationsskala. Was soll mit der Lieferung erreicht werden? Militärexperten sprechen schon längst von einem Stellvertreterkrieg Russland gegen USA. Gewiss, Russlands Krieg ist ein eklatanter Verstoß gegen das Völkerrecht und ein Akt des Terrors und der Barbarei, wie jeder andere Krieg. Aber reicht es nicht allmählich mit dem „Sich-zur-Wehr-Setzen“? Muss die Eskalation bis zum Dritten Weltkrieg vorangetrieben werden? Lieber tot als russisch? Ist das Freiheit?

Warum können die Menschen im Donbass nicht unter internationaler Aufsicht abstimmen, wohin sie gehören wollen? Warum kann die Ukraine nicht gleichermaßen mit der EU und mit Russland wirtschaftliche Beziehungen unterhalten? Warum verliefen die Verhandlungen vom Frühjahr 2022 im Sande? Nichts ist für die Ewigkeit. Was sagen Militärexperten zur Lage in der Ukraine? Erich Vad, Ex-Militärberater von Angela Merkel, hält einen militärischen Sieg über Russland für ausgeschlossen und plädiert für Ver-

handlungen. Mark Milley, Generalstabschef der US-Armee, sieht es ebenso. Keiner der beiden ist Pazifist oder Putin-Versteher. Warum geht dieser Krieg trotzdem weiter? Muss man nicht mit dem Teufel verhandeln, wenn man damit Leben retten kann? Menschenleben zählen für die Kriegsparteien nicht, das gilt offenbar für beide Seiten. Die Rüstungsindustrie freut sich.

UTE LAMPING, BREMEN

Oft verunglimpft

Die Lieferung tödlicher Waffen seit März 2022 stellt längst eine Kriegsbeihilfe dar, so der Völkerrechtler Norman Paech. Menschen und Organisationen, die sich dagegen gewendet haben, sind oft verunglimpft worden, bis hin zur Diffamierung als „Unterwerfungspazifisten“. In diesem Zusammenhang möchte ich auf die deutschen Institute zur Friedensforschung verweisen, die zwischen den 70er- und 90er-Jahren entstanden sind. „Wer den Frieden will, darf nicht den Krieg, er muss den Frieden vorbereiten“, so die Logik der ersten Generation der Friedensforscher. Die Aufwertung internationaler Organisationen wie der OSZE wäre die Voraussetzung für ein erfolgreiches „Friedenmachen“, Militärbündnisse wie die Nato seien dagegen kontraproduktiv.

Die Nato-Osterweiterung haben nahezu alle alten Friedensforscher und bekannte frühere Politiker wie Schmidt, Genscher und Kohl für einen Fehler gehalten. Sie prognostizierten über kurz oder lang eine gewalttätige Konfrontation mit Russland. Heute sind Positionen und Stimmen selten geworden, die ein tieferes Verständnis für geschichtliche Zusammenhänge zeigen, umfassende Interessenslagen aller Beteiligten berücksichtigen und konsequent eine diplomatische Konfliktlösung anstreben. Ich vermisste sie.

ANNE BIERMANN-ASSELN, BREMEN

Nur etwa 266 Panzer

Ich weiß gar nicht, warum der ukrainische Präsident immer Deutschland um Kampfpanzer bittet. Die Bundeswehr verfügte 2022 über sechs aktive Panzerbataillone, wobei ein Bataillon sich in fünf Panzerkompanien mit 44 Kampfpanzern unterteilt. Das macht dann 264 Kampfpanzer insgesamt, was dem vermuteten Bestand an 266 nahe kommt. Weltweit hat Russland 2022 mit über 12.000 Kampfpanzern die Nase vorn. Die Ukraine hatte 2022 circa 2600 Kampfpanzer. Beide Bestände dürften sich in den nächsten Mo-

naten weiter reduzieren. Von unseren Nato-Partnern, die ja auch liefern könnten, spricht hierzulande niemand.

Wer käme infrage? Die Türkei hat mit 68 aktiven Panzerbataillonen 3022 Kampfpanzer zur Verfügung, Griechenland hat 28 Panzerbataillone mit 1243 Kampfpanzern am Laufen. Zum Vergleich: Die BRD hatte als Höchststand Mitte/Ende der 90er-Jahre 47 Panzerbataillone mit 2100 Kampfpanzern. Was will ich hiermit verdeutlichen? Selenskyj sollte seine Anfragen an die stellen, die die Kapazitäten und Munition haben. Oder will er nur Geld? Entgegen allen europäischen Werten ist die Ukraine nicht gerade ein Musterstaat. Zweitens ist die Bundeswehr blank. Ein Wiedererstarken ist für Geld, gutes und schnelles Management, Umbau sowie wider den Zeitgeist möglich. Und dies dauert Jahrzehnte.

GUNNAR HARMS, ACHIM

Blick auf Helmut Schmidt

Um über Panzerlieferungen zu entscheiden, hilft vielleicht eine Aussage von Helmut Schmidt als Bürgermeister von Hamburg anlässlich der Flutkatastrophe 1962: Politiker seien nicht nur dafür verantwortlich für das, was sie tun, sondern auch für das, was sie nicht tun. Schmidt erreichte damit den Einsatz der Bundeswehr, um Menschen aus lebensbedrohlichen Situationen zu retten. Als Bürgermeister hatte er aber keine Berechtigung, einen Einsatz der Bundeswehr anzuordnen. Müssen wir wirklich zuschauen, wie ein Staat, der gegen Völker-, Menschen- und Kriegsrecht verstößt, einen anderen Staat auslöschen will, indem er Krankenhäuser, Schulen, Kindergärten, Wohngebiete sowie Infrastruktur zerstört? Noch ein Zitat aus der Vergangenheit: Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben – Michail Gorbatschow 1989 in Ostberlin.

WOLFGANG SCHUMANN, BREMEN

Ungewissheit

2023 beginnt nicht normal, wenn noch Krieg in der Ukraine herrscht! Putins militärische Ziele sind diffus, er wird sie dem Fortgang der Kämpfe anpassen. Wann ist der Krieg zu Ende? Appelle, Gespräche zu führen, laufen ins Leere. Westliche Abwehrwaffen helfen, auch deutsche. Doch der Ruf nach dem deutschen Panzer „Leopard 2“ bleibt ungehört. Deutschland traut sich nicht. Weil der Kanzler die Risiken dieses Waffeneinsatzes besonders hoch einschätzt? Aus anderen Gründen? Die Kommunikation fehlt.



Friedensnobelpreisträgerin Bertha von Suttner (1843-1914), die sich vor dem Ersten Weltkrieg gegen Militarismus und Aufrüstung gewandt hat, wird von Leserin Barbara Heller zitiert. FOTO: FR

rungen im russisch-türkischen Krieg 1877, ihre Begegnungen mit Kriegsversehrten und Sterbenden auf dem Schlachtfeld brachten sie dazu, den Krieg grundsätzlich zu verurteilen. In ihrem Buch fragt sie, wer denn eigentlich ein Interesse an Kriegen hat. Ihre Antwort: die Rüstungsindustrie, die großen Einfluss auf die Politik und Medien nimmt. Bertha von Suttner fragt auch, warum die „einfachen“ Menschen, die in der Regel im Krieg nur verlieren, der Aufrüstung nicht entschieden widersprechen, sich sogar für den Krieg einspannen lassen. Sie antwortet: Weil den Menschen Angst gemacht wird mit der Behauptung, wir seien von Feinden umgeben und der Gegner sei stärker gerüstet und bedrohe uns. Es ist erschütternd, dass auch mehr als 100 Jahre nach Bertha von Suttner die alten Argumente immer wieder aufgetischt werden. Es ist an der Zeit, die Logik des Militärischen zu durchbrechen und endlich Schritte zu einer gemeinsamen Sicherheit aller Völker zu entwickeln. Angesichts von Atomkriegsgefahr und Klimakatastrophe verbietet sich ein Weiter-so.

BARBARA HELLER, BREMEN

Konzerne profitieren

In den letzten Monaten konnten wir das Ergebnis davon erleben, dass in Deutschland seit Jahren die öffentliche Infrastruktur kaputt gespart wurde. Sei es Post, Bahn, seien es Krankenhäuser, Schwimmbäder, Brücken, Schulen oder Kitas. Welche Einrichtung, die für das Leben der Bürgerinnen und Bürger notwendig ist, funktioniert eigentlich noch? Aber Geld für Aufrüstung scheint immer da zu sein. Unvorstellbare Summen werden für Tod und Zerstörung – auch der Umwelt – bereitgestellt. Die Aufrüstung ist lange vor dem russischen Einmarsch in der Ukraine beschlossen worden. Schon jetzt geben die europäischen Nato-Mitglieder viermal so viel Geld für Militär aus wie Russland, die USA mehr als elfmal so viel.

Täglich lesen wir, Russland sei militärisch so schwach, dass es nicht mal kleine Orte erobern könne. Und diese russische Armee bedroht Deutschland? Die Profiteure der Aufrüstung sind die Rüstungskonzerne. Bei uns zum Beispiel der Rheinmetallkonzern, der „beim operativen Ergebnis für 2022 ein Plus von mehr als 20 Prozent erwartet“. Und in den USA freuen sich Firmen wie Raytheon oder Lockheed Martin über Milliardenaufträge aus Deutschland.

MARTIN SCHMIDT, BREMEN

Zum Leserbrief „Absolut unpassend“ vom 13. Januar zu den „Lichtern der City“:

Nicht übertreiben

Ja, es ist alles teurer geworden, besonders die Energiekosten. Die Leserbriefschreiberin fand deshalb die Beleuchtung in der Bremer Innenstadt unpassend. Sicher, es ist alles schwieriger geworden, aber was wird denn grundsätzlich erwartet? Was sollen wir tun oder nicht tun? Man kann doch nicht nur zu Hause sitzen und auf den Tod warten, oder? Wenn wir alle nichts mehr machen dürfen, keinerlei Freude, keinen Spaß mehr haben – retten wir damit irgendwas? Ich denke schon, dass die Leute es begriffen haben, dass wir sparen müssen – wie Heizung etwas runterdrehen – schon allein wegen des eigenen Geldbeutels. Man muss nichts übertreiben, aber man muss doch auch leben. Sonst wird uns – zynisch gesagt – irgendwann noch das Atmen verboten.

HANNELORE SCHÄFER, BREMEN

Zum Artikel „Immer weniger Impfungen gegen Corona“ vom 10. Januar:

Könnten Ärzte entlasten

Als impfende Apotheke in Posthausen können wir uns nicht über nachlassendes Interesse an sowohl Gripeschutzimpfungen als auch Corona-Impfungen beklagen. Die Kundschaft aber wundert sich darüber, dass sie das niederschwellige Angebot nicht auch für Gürtelrose-Impfungen, Tetanus- und sonstige Auffrischimpfungen nutzen kann, wie es in den meisten Industrienationen schon seit vielen Jahren bewährte Praxis ist. Dann würde sich der Ansturm auf die Wartezimmer reduzieren, und die immer weniger werdenden Hausarztpraxen würden etwas entlastet. Für eine Impfung bedarf es nicht der diagnostischen Genialität eines Arztes. Ein Blick in den Impfpass, ein kleiner Pils, eine fundierte pharmazeutische Aufklärung, und weiter geht's. Und selbst für den äußerst seltenen Fall einer Komplikation sind wir bestens geschult und vorbereitet.

NORBERT W. WEHRMANN, BREMEN

REDAKTION LESERMEINUNG

Anschrift: Bremer Tageszeitungen AG
Lesermeinung • 28189 Bremen
Mail: lesermeinung@weser-kurier.de

Leserbriefe sind keine Meinungsäußerung der Redaktion. Die Redaktion behält sich Auswahl und Kürzungen vor. Anonyme Briefe werden nicht veröffentlicht. Postadresse und Telefonnummer nicht vergessen, auch bei E-Mails.

Zum Artikel „Baerbock fordert Sondertribunal“ vom 17. Januar:

Ankläger darf ermitteln

Es wird argumentiert, dass der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine nicht vom Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag verfolgt werden kann, weil weder Russland noch die Ukraine Vertragsparteien des Römischen Statuts sind, das die Rechtsgrundlage für die Arbeit des Gerichtshofs völkerrechtlich verbindlich regelt. Es ist zwar richtig, dass keiner der beiden Staaten Vertragspartei ist. Das bedeutet aber gerade nicht, dass der Gerichtshof überhaupt nicht tätig werden kann, wenn Verbrechen, die seiner Gerichtsbarkeit unterliegen, begangen werden.

Nach Artikel 15 des Römischen Statuts hat der Ankläger des Gerichtshofs – vergleichbar etwa mit dem Staatsanwalt in unserem Rechtssystem – das Recht, „aus eigener Initiative Ermittlungen einzuleiten“ und die Ergebnisse der sogenannten Vorverfahrenskammer des Gerichtshofs zur Prüfung vorzulegen, die dann zu entscheiden hat, wie weiter verfahren werden soll. Diese Möglichkeit der Einleitung von Ermittlungen besteht auch dann, wenn sie gegen Verantwortliche von Staaten gerichtet sind, die nicht Vertragspartei des Römischen Statuts sind. Es können im Übrigen auch keine völkerrechtlich begründeten Zweifel daran bestehen, dass Russland einen nach den Statuten des Gerichtshofs und der Charta der Vereinten Nationen, der sowohl Russland als auch die Ukraine verpflichtet sind, verbotenen Angriffskrieg gegen die Ukraine führt.

CLAAS KNOOP, BREMEN

Unter anderem zu „Höhere Ausgaben für Verteidigung“ und „Rheinmetall macht bessere Geschäfte“ vom 4./7. Januar:

Suttners Einsichten

Vor mehr als 100 Jahren hat Bertha von Suttner ihr bis heute wichtiges Buch geschrieben: „Die Waffen nieder“. Ihre konkreten Erfah-